



von Helmut Markwort

Nach dem Chaos notwendige Neuwahl in Berlin kann den Senat und den Bundestag verändern

Montag

Es wird höchste Zeit, die Berliner noch einmal wählen zu lassen. Für den Bundestag, den Berliner Senat und für die zwölf Bezirksverordnetenversammlungen. Diesmal unter regulären Bedingungen, auf die alle Bürger einen grundgesetzlichen Anspruch haben.

Diesen Anspruch wollte der rot-grün-dunkelrote Senat den 2,4 Millionen Berliner Wählern bisher verweigern. Vor allem die Sozialdemokraten um die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey wollten die Pannen und den Pfusch der Wahl vor einem Jahr verharmlosen und kleinreden.

Nach den Vorschlägen der Senatsverwaltung hätte die Wahl nur in 14 Wahllokalen in drei Bezirken wiederholt werden müssen. Dieser Versuch war lächerlich und peinlich, da das Chaos fast die halbe Stadt betroffen hat. Wenn es nach der Einschätzung des Berliner Verfassungsgerichts geht, muss die Wahl in allen 2256 Wahllokalen wiederholt werden.

Die neun Richterinnen und Richter haben sich viel Arbeit gemacht. Sie haben



Wackelamt Berlins Bürgermeisterin Giffey muss das Ergebnis der Nachwahlen fürchten

die Protokolle aus der ganzen Stadt studiert und sind zu einem vernichtenden Ergebnis gekommen.

Landeswahlleitung und Senatsinnenverwaltung haben schon bei der Vorbereitung der Wahlen ihre Kontrollpflicht verletzt. Eine große Zahl von Bürgern habe ihre Stimmen nicht regulär unter zumutbaren Bedingungen abgeben können. In einem 40-minütigen Vortrag begründet die Präsidentin des Gerichts, warum die Wahlen nicht gültig sein können.

Die Bremsmanöver rechtswidrig gewählter Abgeordneter kontert sie juristisch klar mit dem Satz: „Das Korrekturinteresse überwiegt das Bestandsinteresse.“

Tatsächlich sehen viele Politiker durch eine Neuwahl ihren Bestand gefährdet. Im Klartext: Sie haben Angst, ihr Mandat zu verlieren. Auf allen drei Ebenen sind Veränderungen möglich.

In einigen der zwölf Bezirke könnte die aktuelle Wechselstimmung die Mehrheitsverhältnisse ändern. Im Senat ist sogar eine neue Koalition möglich. Franziska Giffey fürchtet, einer grünen Bürgermeisterin weichen zu müssen.

Falls die CDU, die sich über wachsende Umfragewerte freut, in die Regierung eintritt, wirkt sich das auf den Bundesrat aus. Die vier Sitze des Bundeslandes Berlin bekommen ein anderes Gewicht.

Bundespolitisch muss vor allem Die Linke Auswirkungen fürchten. Ihre Existenz im Bundestag hängt davon ab, dass sie in Berlin zwei ihrer drei Direktmandate gewonnen hat. Geht eines davon verloren, müssen 39 Linke den Bundestag verlassen.

Sie werden gegen weitere Verzögerungen nicht protestieren, das Interesse der Bürger aber verlangt Geschwindigkeit. Wenn das Vertrauen in die Demokratie

nicht weiter beschädigt werden soll, muss bald gewählt werden. Senat und Bund sollten nachdenken, welche Fristen sie verkürzen können.



Sparchance EU-Präsidentin Roberta Metsola könnte in Straßburg einen Winterschlaf anordnen

Dienstag

Gestern ist die Karawane wieder in Straßburg eingefallen. Die EU-Parlamentarier mit Stäben und Anhang – etwa 5000 Personen – haben Brüssel verlassen, um am zweiten Sitz zu tagen.

Die seit 30 Jahren praktizierte Verschwendung ist während der Energiekrise doppelt ärgerlich. 660 000 Quadratmeter Bürofläche müssen zusätzlich geheizt und unterhalten werden. Deutsche EU-Abgeordnete aus CDU, FDP und Grünen protestieren. Sie verlangen einen Winterschlaf, um in Straßburg Energiekosten zu sparen. Gut so. Roberta Metsola, die Präsidentin des Parlaments, sollte dem Vorschlag folgen. Wenn wir alle weniger heizen, sollte das Europäische Parlament ein Signal setzen.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.



„Zu Fakten gibt es
keine Alternative.“

FOCUS
Das Magazin.

**HIER
SIND DIE
FAKTEN**



BABYLON
BERLIN

Nichts bleibt, wie es ist.

Staffel 4 exklusiv auf Sky.

